

Beginn: 10:06 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Guten Morgen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle zu unserer heutigen, 129. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne. Die Medientribüne ist bis auf unsere eigene Pressesprecherin nicht besetzt. Guten Morgen, Frau Busch!

Für die heutige Sitzung haben sich bisher **zwölf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich gerne darüber informieren, dass alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen sich darauf verständigt haben, den bisherigen **Tagesordnungspunkt 5**, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Mietpreisbremse fortentwickeln – Schutz vor ungerechtfertigten Mietforderungen verstärken“ Drucksache 16/13535, und den bisherigen **Tagesordnungspunkt 10**, den mittlerweile von der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP gezeichneten Eilantrag „Tihange abschalten“ Drucksache 16/13612 – 2. Neudruck –, zu **tauschen**. Damit wird der Eilantrag zum neuen Tagesordnungspunkt 5, und der Antrag zur Mietpreisbremse wird zum neuen Tagesordnungspunkt 10.

Da sich hiergegen **kein Widerspruch** ergibt, haben wir jetzt gemeinsam die Tagesordnung so verändert.

Wir treten in die Bearbeitung der heutigen Tagesordnung ein und setzen die gestern unterbrochene Haushaltsberatung fort.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

Ergänzung
Drucksache 16/13400

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/13500 bis 16/13507, 16/13509
bis 16/13516 und 16/13520

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 – GFG 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12502

Ergänzung
Drucksache 16/13400

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13517

zweite Lesung

Hierzu einige Vorbemerkungen:

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse sind in den Veränderungsnachweisen entsprechend dargestellt und können von Ihnen eingesehen werden.

Weiterhin möchte ich daran erinnern, dass das Verfahren dasselbe ist wie gestern. Das im Ältestenrat vereinbarte Verfahren zur Reihenfolge der Einzelpläne führen wir auch heute fort. Die genaue Reihenfolge der Einzelpläne können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Aussprache erfolgt die Abstimmung über eventuelle Änderungsanträge respektive über den Einzelplan selbst.

Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr finden heute keine Abstimmungen zu den Haushaltsplanberatungen statt.

Wir müssen heute noch die Einzelabstimmung über den Einzelplan 20 nachholen.

Heute ist auch über das Haushaltsgesetz zum Abschluss der zweiten Lesung von insgesamt drei vorgesehenen Lesungen abzustimmen und über die Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den HFA zu entscheiden.

Mit diesen Vorbemerkungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, beginnen wir jetzt mit den Haushaltsplanberatungen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05
Ministerium für Schule und Weiterbildung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13505

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in
Nordrhein-Westfalen (Gute Schule 2020)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13496

erste Lesung

Nun eröffne ich die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Vogt das Wort.

Petra Vogt (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Einzelplan 05 umfasst ca. 18 Milliarden €. Das ist ein Viertel des Gesamthaushalts. Das sind tatsächlich sehr hohe Ausgaben für den Bereich Bildung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

– Es tut mir leid, dass jetzt direkt das Negative kommen muss.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Genau.

Umso erstaunlicher ist es angesichts von Ausgaben in Höhe von einem Viertel des Gesamthaushalts, dass sich das in der Schulwirklichkeit unseres Landes in keiner Weise widerspiegelt. Das Gegenteil ist der Fall: Die Defizite sind groß, und man hat das Gefühl, dass sie täglich größer werden.

Zu nennen ist an erster Stelle das Thema „Unterrichtsausfall“. Landauf, landab werden die Klagen darüber, dass Unterricht ausfällt, deutlich stärker. Egal, mit wem man spricht, egal, welche Schulform – Unterrichtsausfall ist in Nordrhein-Westfalen ein ganz massives Problem.

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, dass nicht nur wir als CDU-Fraktion, sondern auch die anderen Fraktionen, die die Schulen in unserem Land besuchen und mit Eltern, Lehrern und Schülern sprechen, wissen, dass das ein massives Problem ist.

Jetzt könnte man denken, dass mit diesem im Haushalt stehenden Geld entsprechend gegengesteuert würde. Wir sagen Ihnen aber: Was wir hören, spricht nicht diese Sprache. – Wie kann das sein? Wir kön-

nen uns das nur so erklären, Frau Ministerin Löhrmann, dass Sie schlicht und ergreifend falsch steuern. Sie steuern deswegen falsch, weil Sie gar nicht wissen möchten, was eigentlich in Ihrem Schulhaushalt los ist. Seit vielen Jahren sagen wir Ihnen: Erfassen Sie doch erst einmal ganz konkret den Unterrichtsausfall,

(Beifall von der CDU)

damit Sie überhaupt wissen, an welchen Schulformen der Unterricht ausfällt, in welchen Fächern der Unterricht ausfällt und welche Vertretungsreserve Sie wirklich brauchen.

Alle diese Fragen können Sie nicht beantworten, weil Sie die Steuerungsinstrumente nicht haben. Deswegen ist es überhaupt nicht verwunderlich, Frau Ministerin, dass Ihnen auch in den Anhörungen die Experten immer wieder sagen: In Nordrhein-Westfalen passen Input und Output im Schulsystem nicht zueinander.

(Beifall von der CDU)

Nun haben Sie erklärt, dass Sie mit der Kommission irgendwann in ferner Zukunft versuchen wollen, Unterrichtsausfall richtig zu messen. Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Vor wenigen Tagen hatte ich ein Gespräch mit mehreren Schulleitern. Diese haben wörtlich gesagt, es sei lächerlich, zu behaupten, man könne Unterrichtsausfall nicht messen. Sie müssten nur einen Klick an ihrem Computer machen; dann könnten sie Ihnen das mitteilen.

Deswegen sagen wir Ihnen heute: Sie wollen es gar nicht wissen. Sie wollen gar nicht wissen, wo die Defizite sind.

Die zweite große Baustelle in unserem Schulsystem ist der gesamte Bereich Inklusion. Ich sage es noch einmal vorab: Die CDU-Fraktion hat sich immer für ein inklusives Schulsystem ausgesprochen; denn unser christliches Menschenbild hält ganz viel davon, die Teilhabe aller an der Gesellschaft zu gewährleisten.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Seit 1512 sind wir für Inklusion!)

Die Frage ist allerdings: Wie ist das Ganze organisiert? Es ist so organisiert, dass es in Nordrhein-Westfalen schlicht und ergreifend nicht funktioniert. Da helfen auch all Ihre Beteuerungen nichts. Es sei eine Bergwanderung; es ein Prozess; wir wollen einmal schauen, dass es irgendwann funktioniert. Es funktioniert aber nicht.

Damit Sie nicht immer sagen, es sei nur die Opposition, die alles schlechtrede, möchte ich Ihnen mit Erlaubnis der Präsidentin gerne einige Beispiele aus der Anhörung, die wir im Schulausschuss vor wenigen Wochen, und zwar am 7. September 2016, durchgeführt haben, vortragen.

Herr Beckmann vom VBE NRW sagte zum Thema „Inklusion“ in Nordrhein-Westfalen – ich zitiere –:

„Dass der Verband Bildung und Erziehung gemeinsam mit anderen Lehrerorganisationen in der Mülheimer Erklärung erneut die Unzufriedenheit über den schulischen Inklusionsprozess dokumentiert, sollte die Politik endlich nachdenklich machen.“

Wir hoffen, dass die gemeinsame Erklärung der Interessenvertreter die Landesregierung endlich bewegt, ihre ignorante Haltung gegenüber den immer wieder benannten Defiziten aufzugeben.“

Ich glaube, dem ist wenig hinzuzufügen.

(Beifall von der CDU)

Frau Balbach von lehrer nrw hat das in der gleichen Anhörung wie folgt kommentiert – Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich erneut –:

„Die Inklusion in NRW ist von der Landesregierung voll vor die Wand gefahren worden.“

(Beifall von der CDU)

Frau Ministerin, jetzt bin ich sehr gespannt, was Sie dazu sagen; denn das ist nicht der übliche Reflex der Opposition, etwas zu kritisieren, sondern das ist das, was diejenigen berichten, die tagtäglich in unserem Schulsystem arbeiten.

Heute kann ich daher nur an Sie appellieren: Nehmen Sie endlich ernst, was Ihnen die Praktiker aus dem Schulleben sagen.

(Beifall von der CDU)

Hinzu kommt noch – und das verschärft das Ganze; wir haben uns bereits darüber ausgetauscht – Ihr Erlass, nach dem geflüchtete Kinder und Jugendliche nun von vornherein in die Regelklassen gehen sollen.

Ein kleines Beispiel: Sie wissen, dass an vielen Schulen der Sonderpädagoge höchstens stundenweise oder teilweise auch gar nicht anwesend ist. Das bedeutet, dass wir folgende Situation haben: Vor einer Klasse mit 26 Kindern steht ein Regelschullehrer, der noch über keine sonderpädagogische Erfahrung verfügt. Er hat in der Klasse mehrere Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen – und jetzt auch noch fünf geflüchtete Kinder, die kein Wort Deutsch verstehen.

Sagen Sie mir bitte, wie unter solchen Rahmenbedingungen ein vernünftiger, qualitätsorientierter Unterricht stattfinden soll. Das ist schlicht und ergreifend nicht möglich. Da können Sie mit allen Zahlen und allen Ausgaben im Haushalt argumentieren. Wer Schulpolitik so anlegt, muss sich nicht wundern, wenn er bei allen Lernstandserhebungen auf den letzten Plätzen landet.

(Beifall von der CDU)

Nun haben Sie nach bald sieben Jahren Regierungszeit aber immerhin entdeckt, dass es Defizite bei der Schulinfrastruktur gibt. Ihr Ziel ist eine Gute Schule im Jahre 2020 in Nordrhein-Westfalen. Ihr Traum kann ja Wirklichkeit werden, wenn Sie dann nicht mehr die Landesregierung stellen.

Erst fahren Sie die Schulinfrastruktur jahrelang auf Verschleiß und erhöhen die Schulpauschale in all Ihren Regierungsjahren nicht. Kurz vor der Wahl stellen Sie dann Schecks bis ins Jahr 2041 aus. Das ist keine nachhaltige Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU)

Richtig wäre es gewesen, die Schulpauschale zur Förderung und Modernisierung der kommunalen Schulinfrastruktur bereits in der Vergangenheit deutlich aufzustocken.

Sie erhöhen mit diesem Programm die kommunalen Schulden letztlich um mindestens 2 Milliarden €.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man ehrlich ist, muss man sagen, dass das ein Schattenhaushalt von 2 Milliarden € ist; denn Sie lagern die Landesschulden in die NRW.BANK aus.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Vogt, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Dahm von der SPD-Fraktion würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Petra Vogt (CDU): Sehr gern.

Christian Dahm (SPD): Vielen Dank, Frau Vogt, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Weil Sie die Schulpauschale ansprechen, hätte ich gerne zweierlei von Ihnen gewusst. Erstens. Wo sind Ihre Haushaltsanträge dazu? Zweitens. Wie hätten Sie das denn finanziert?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Petra Vogt (CDU): Ich freue mich über die Frage; denn ich glaube, dass wir nicht nur in diesem Fall viele Anträge gestellt haben, sondern auch in der Vergangenheit, gerade was den Schulbereich angeht, deutliche Umstrukturierungsanträge gestellt und Einsparvorschläge unterbreitet haben.

(Zuruf von der SPD)

– Doch, das haben wir jetzt gemacht.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Nur eine Drucksachenummer! Nur eine einzige!)

Ich kann Ihnen aber sagen, was mit allen unseren Vorschlägen passiert ist.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Alle unsere Vorschläge sind regelmäßig mit Ihrer Mehrheit abgelehnt worden.

(Beifall von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

Die Rückzahlung dauert bis ins Jahr 2041.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Vogt, Entschuldigung, dass ich Sie schon wieder unterbreche. Jetzt gibt es bei Frau Beer den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Es gibt sogar noch einen dritten Wunsch, den ich aber nicht mehr zulassen werde.

Petra Vogt (CDU): Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herzlichen Dank, Frau Vogt, dass Sie die Frage zulassen. – Bleiben wir doch noch einmal bei der Frage der Bildungspauschale. Ist Ihnen klar, dass eine Ausweitung der Bildungspauschale nicht mehr Geld für die Kommunen bedeutet hätte, sondern dass das eine reine Taschenspielertrick-Nummer ist? Es ist nur eine Verschiebung von der einen Tasche in die andere Tasche. Dadurch wäre nicht ein Cent mehr zu den Kommunen gekommen.

Petra Vogt (CDU): Frau Beer, ehrlich gesagt, ist ein Schattenhaushalt von 2 Milliarden € bei der NRW.BANK für mich ein Taschenspielertrick.

(Beifall von der CDU – Michele Marsching [PIRATEN]: Also nein! Die Antwort lautet Nein!)

Die Rückzahlung dauert zudem bis zum Jahr 2041 – einem Zeitpunkt, zu dem spätestens die modernisierte Schulinfrastruktur bereits wieder erneuert und saniert werden muss.

Abschließend möchte ich noch meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, dass dieses Programm in keiner Weise mit dem für 2017 geplanten Bundeskommunalinvestitionsprogramm von 3,5 Milliarden € zur Sanierung der Schulen in finanzschwachen Kommunen abgestimmt ist, obwohl – zumindest nach meinem Kenntnisstand – an beiden Regierungen die SPD beteiligt ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne werden wir diesen Schulhaushalt ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Vogt, zunächst einmal finde ich es sehr lobenswert, dass Sie anerkennen, dass im Haushalt von Nordrhein-Westfalen dieses Jahr ca. 18 Milliarden € für Schule stehen. Das ist mehr, als es jemals in allen Haushalten vorher in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie wissen auch, dass es Ergänzungsvorlagen mit Mitteln in Höhe von 77 Millionen € gibt. Es wird auch noch Anträge aus den Fraktionen heraus geben. Das heißt: Auch hier wächst dieser Haushalt noch einmal an.

Sie haben aber in Ihrer Rede gerade etwas völlig vergessen, liebe Frau Vogt, was auch zur Realität gehört. Als wir die Regierung übernommen haben, fehlten im Schulhaushalt 1.550 Stellen, die Sie nämlich nach den Relationen nicht nachgesteuert hatten.

Ebenfalls vergessen haben Sie, dass damals, bevor wir die Regierung im Jahr 2010 übernommen haben, die Proteste gegen die Bildungspolitik von CDU und FDP in diesem Land immens groß waren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, alle Maßnahmen, die Sie auf den Weg gebracht haben, sind mittlerweile kassiert, weil sie sich als bildungspolitisch falsch herausgestellt haben.

Das Letzte, was Sie auf den Weg gebracht haben, ist das Thema „G8“. Damit haben Sie uns sozusagen ein faules Ei ins Nest gelegt.

Und heute kommen Sie mit einem Antrag um die Ecke, mit dem Sie versuchen, sich auf leisen Sohlen aus der Geschichte herauszuziehen, obwohl Sie dieses Angerichtete zu verantworten haben. Ich finde das einfach unglaublich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben seit 2010 ca. 20.000 zusätzliche Lehrerstellen gesichert oder in den Haushalt eingestellt. Wir werden auch die Verabredungen aus dem Schulkonsens, die wir getroffen haben, weiterhin einhalten. Auch dazu stellen wir in diesem Jahr noch einmal 295 Lehrerstellen in den Haushalt ein.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Wir sind gesetzestreu. Wir halten uns an Verabredungen, obwohl die demografischen Effekte, auf deren Grundlage das ursprünglich vereinbart worden ist, nicht mehr im System sind.

Frau Vogt, was Sie zum Thema „Inklusion“ gesagt haben, ist einfach infam – und auch noch dumm und falsch.

(Widerspruch von der CDU)

Zunächst haben Sie eine falsche Behauptung zum Thema „Integrationserlass“ aufgestellt. Obwohl wir Ihnen bereits mehrfach erklärt haben, dass diese Behauptung falsch ist, erzählen Sie immer wieder das selbe. Ich möchte gerne einmal wissen, wer Ihre Souffleuse ist, die Ihnen das immer einflüstert.

(Zuruf von der CDU)

– Okay. – Selbst da, wo die Realschulen mit den sonderbaren Aussagen vor Gericht gescheitert sind, erklären Sie immer noch, der Erlass sehe vor, dass alle Flüchtlingskinder zukünftig in Regelklassen unterrichtet werden müssten. Das ist schlicht und einfach falsch.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Dass der Erlass falsch ist, sehen wir doch genauso, Frau Kollegin! Ich weiß, dass er falsch ist!)

Dann beziehen Sie sich in der Anhörung, die wir in der Tat gehabt haben, auf die Mülheimer Erklärung. Nur: Die Mülheimer Erklärung ist mittlerweile ad acta gelegt, weil wir im Haushalt in erheblichem Maße nachgesteuert haben, nämlich mit über 1.440 zusätzlichen Stellen für die Inklusion. Auch das wissen Sie.

Liebe Frau Vogt, Sie haben gestaunt wie ein Weihnachtsmann,

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Eine Weihnachtsfrau!)

als im Schulausschuss auf einmal auftauchte, dass wir bei den Budgets nachsteuern. Sie konnten es gar nicht fassen, dass wir bei den Budgets für LES zusätzliche Stellen vorsehen. Ich verstehe einfach nicht, woher Ihre Unkenntnis kommt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben nicht nur das Budget auf 10.128 Stellen angehoben, sondern wir haben auch umfassende Verbändeanhörungen zum Thema „Integrationsplan“ in diesem Haus durchgeführt.

Auch hier haben wir immer wieder nachgesteuert. Allein 8.100 Lehrerstellen für die Flüchtlinge sind in der Zwischenzeit in den Haushalt hineingekommen.

Sie wissen ganz genau, dass wir auch im Bereich der Weiterbildung zusätzliches Geld in die Hand genommen haben; denn hier haben wir den Konsolidierungsbeitrag gleich zweimal gesenkt.

In der letzten Woche hatten wir hier die Weiterbildungskonferenz. In der Weiterbildungskonferenz sind wir für die Politik, die wir machen, ausdrücklich gelobt worden; denn wir erkennen an, welche guten Leistungen die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen, was Sprache und Integration angeht, tatsächlich erbringt.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Seit 2010 haben wir den Ansatz für die Weiterbildung um 26 Millionen € gesteigert. Heute stehen 118 Millionen € im Haushalt. Meine Damen und Herren, das ist ein gutes Ergebnis.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Worauf Sie nicht eingegangen sind, liebe Frau Vogt, was für uns aber ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist, ist der Ausbau des Ganztagsangebots. Wir haben nicht nur zusätzliche Ganztagsschulen geschaffen und stellen noch einmal zusätzliches Geld in den Haushalt ein, um die Ganztagsschulen weiter aufzubauen – es sind insgesamt 366 Stellen –, sondern stellen auch weitere 20 Stellen zur Verfügung, um den Ganztag weiter auszubauen, weil wir wissen, dass Ganztag ein gesellschaftliches Erfordernis ist, das dringend weiter angepackt werden muss. Wir haben das Ganztagsangebot in den letzten Jahren unserer Regierung bedarfsgerecht immer weiter ausgebaut.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Seit der Regierungsübernahme in 2010 haben wir auch kontinuierlich mehr Geld in die OGS gesteckt. Mit dem Haushalt 2017 stehen 307.600 OGS-Plätze zur Verfügung. Wichtig war uns in der Vergangenheit bei der Vereinbarung zu den Budgets, die mit den Kommunen geschlossen worden sind, dass das Budget unmittelbar an die OGSn weitergeleitet wird. Mit der Erhöhung der Mittel für die OGSn, dem Ausbau der Plätze und den Steigerungen, die wir sonst vorgenommen haben, haben wir die Ansätze der OGSn um 79 % erhöht.

Wir tun aber auch noch mehr. Mit dem Antrag unserer Fraktionen, der zur dritten Lesung vorgelegt wird, wollen wir nämlich auch noch 2.000 € jährlich an die OGSn geben, damit die OGSn für Personal im Rahmen der Ferienbetreuung zusätzliches Geld zur Verfügung haben. Das tun mit einer Verpflichtungsermächtigung bis 2018, damit deutlich wird, dass dieses Geld auch längerfristig zur Verfügung steht.

Wir werden aber auch die Inklusion im offenen Ganztag weiter ausbauen. Dazu haben wir 6.800 Plätze vorgesehen, die mit einem erhöhten Förderbedarf in

der OGS gefördert werden. 60 Stellen gehen dazu noch einmal zusätzlich in die OGSn hinein.

Meine Damen und Herren, mit der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2017 werden auch die Gehälter der Schulleiterinnen und Schulleiter angehoben. Das ist eine Entscheidung, die Sie im Ausschuss immer und immer wieder angemahnt haben und die wir damit jetzt vollziehen.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

2.800 Schulleiter und Schulleiterinnen von Grund- und Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen können sich über die Anhebung freuen.

Meine Damen und Herren, uns ist klar, dass die verantwortliche Position von Schulleitung auch entsprechend honoriert werden muss. Wir wissen aber auch, wie wichtig die Lehrer und Lehrerinnen für eine gute Schule sind. Von ihrem Engagement und ihrer Qualität hängt die Qualität der Schule ab. Dieser Aufgabe stellen sich in Nordrhein-Westfalen rund 180.000 Lehrer und Lehrerinnen täglich. Dafür möchte ich mich für die SPD-Fraktion ganz herzlich bei den Lehrern und Lehrerinnen bedanken.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Mit den Haushaltsbeschlüssen können wir nicht jedes Problem vor Ort lösen. Aber es hat noch nie so viel Geld für Bildung in Nordrhein-Westfalen gegeben, und die Schulen waren noch nie so gut ausgestattet, wie sie es zurzeit sind. Es gehört sich, auch dies anzuerkennen.

Für den Bereich „Gute Schule“ wird gleich mein Kollege Christian Dahm reden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beginne mit etwas Positivem, mit einigen positiven Aspekten zu dem Haushaltsentwurf, den wir heute hier besprechen. Da sind zum einen weitere Lehrerstellen zu nennen. Da sind zu nennen die dringend benötigten zusätzlichen Fortbildungsmittel, für die Sie Gelder eingestellt haben, und auch weitere Stellen für den Ganztagsausbau. Das erkennen wir an. Aber dann war es das auch erst einmal mit dem Lob.

Denn leider setzt sich die Schieflage Ihres Regierungshandelns auch bei diesem Haushalt

fort. Dafür möchte ich Sie gern einmal mitnehmen in die Jahre zuvor, einen Rückblick wagen, nämlich einen Rückblick dahin gehend, dass Sie rund 2.000

Stellen an den Gymnasien und 500 Stellen an den Berufskollegs gestrichen haben,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist doch Quatsch! Meine Güte!)

obwohl an diesen beiden Schulformen eine strukturelle Lücke von jeweils über 1.000 Lehrerstellen besteht. Ich weiß, wir haben darüber schon x-mal gesprochen, aber ich werde es trotzdem immer wieder sagen. Während an diesen Schulformen teilweise nicht einmal der verpflichtende Fachunterricht abgedeckt werden kann, zeigen unsere alljährlichen Haushaltsnachfragen, wie viele Stellen weiter als sogenannte Privilegien in wenige bevorzugte Schulformen oder auch in rot-grüne Schulversuche fließen. Das lässt am Ende des Tages den Schluss zu, dass Ihre Schulpolitik nach Kindern an gewünschten Schulformen und nach Kindern an weniger liebsten Schulformen sortiert.

(Beifall von der FDP)

Bei einigem Handeln hat es auch den Anschein, dass Ihnen manche Kinder mehr wert sind als andere. Aber dazu komme ich später noch einmal.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Unverschämte!)

Frau Vogt hat die Baustelle Inklusion schon angesprochen. Aber auch ich kann Ihnen das an dieser Stelle nicht ersparen. Wir haben wie alle Jahre wieder vor dieser Art der Umsetzung gewarnt. Statt, wie von der FDP seit Jahren gefordert, deutlich mehr auf Schwerpunktschulen zu setzen – da erwarten wir eben nicht nur, dass es immer heißt, dafür sind die Kommunen zuständig; nein, da erwarten wir ein Signal seitens der Landesregierung –,

(Beifall von der FDP)

haben Sie innerhalb eines Jahres 2.800 Regelschulen als Schulen des längeren gemeinsamen Lernens deklariert. Dann bei einem solchen Vorgehen immer wieder gebetsmühlenartig Schwarz-Gelb für fehlende Sonderpädagogen verantwortlich zu machen, zeigt nur, dass Sie hier die Folgen Ihres eigenen Handelns auf die Opposition abwälzen wollen.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerin Löhrmann, Sie waren letzte Woche bei Facebook Live und haben dort zum Thema Inklusion unter anderem erklärt, dass sich hier andere in die Büsche schlagen, wenn es mal ein bisschen schwierig wird. Ein bisschen schwierig, Frau Ministerin Löhrmann – das ist es bei der Inklusion wahrhaftig nicht nur. Es verwundert mich auch, wenn dann Frau Beer in der letzten Ausschusssitzung erklärt, die Wahrnehmung an den Schulen hier in Nordrhein-Westfalen entspräche nicht den rot-grünen Anstrengungen.

Meine Damen und Herren, die Art der Umsetzung der Inklusion, die schlechte Gestaltung der Inklusion

liegt jetzt an der falschen Wahrnehmung an den Schulen. Getreu nach dem Motto: „Ihre Realität ist nicht unsere Realität“. – Das lässt schon tief blicken.

(Beifall von der FDP)

50 Städte und Gemeinden klagen gegen Ihr Gesetz. Der erste Termin für die mündliche Verhandlung ist für den Dezember terminiert. Gerade eben hat der Präsident des Landkreistages erklärt – ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren –:

„Die Inklusionspauschale für das nicht-lehrende Personal muss zum 01.01.2017 auf zumindest 20 Millionen € jährlich verdoppelt werden, um dem festgestellten Bedarf auch nur annähernd Rechnung zu tragen.“

Ich frage Sie, Rot-Grün: Ist es hier auch wieder eine falsche Wahrnehmung, die diesmal nicht von den Schulen, sondern von den Kommunen kommt?

Dieser Haushalt zeigt, dass Sie tatsächlich nicht zum wirklichen Umsteuern bereit sind. Frau Beer, Sie werden wahrscheinlich gleich versuchen, uns etwas anderes weiszumachen, und werden vielleicht an der Stelle das LES-Budget ansprechen, welches Sie um 290 Stellen angehoben haben. Ja, das ist richtig, und diese Stellen waren auch dringend notwendig.

Aber Sie sprechen bei der gezielten Nachsteuerung permanent von einem systemischen Ansatz. Wenn wir nachfragen, wie sich diese 290 Stellen zusammensetzen bzw. warum es gerade 290 Stellen sind – das haben wir im Berichterstattergespräch getan –, dann kommt auf diese Nachfrage lapidar der Satz: Das sei eine Setzung der Landesregierung. – Also, hier kann ich einen systemischen Ansatz bei Weitem nicht erkennen, und der ist bei der Nachbesserung in Sachen Inklusion dringend erforderlich.

(Beifall von der FDP)

Sie reagieren nicht auf die wirklichen Bedarfe der Schulen, sondern versuchen, vor der Landtagswahl die vielen Kritiker Ihrer rot-grünen Inklusionspolitik und vielleicht vermeintlichen Wähler gnädig zu stimmen.

(Karin Schmitt-Promny [GRÜNE]: Wir reden von Schule!)

Hier gab es in der vorletzten Ausschusssitzung auch einen bemerkenswerten Satz der SPD, der da lautete: Es ist klar, dass wir im Bereich Inklusion mehr tun müssen. – Ja, dem kann ich nur so zustimmen. Aber einem solchen Bekenntnis müssen dann auch entsprechende Taten folgen, und die vermisste ich nach wie vor.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dass wir hinsichtlich der Art und Weise der Gestaltung dieser Inklusion eine völlig unterschiedliche Auffassung haben, möchte ich noch einmal am Beispiel

vom sogenannten Change-Management darlegen. Im Erläuterungsband finden sich hierzu zwei – finde ich – bezeichnende Sätze. Ich darf noch einmal zitieren. Hier heißt es:

„Mit weiteren zusätzlichen 200 Stellen sollen konzeptionell, organisatorisch und fachlich notwendige Veränderungsprozesse an allgemeinen Schulen des Gemeinsamen Lernens unterstützt werden. Hierbei liegt der Schwerpunkt bei Schulen, die ihre tradierten Konzepte des Gemeinsamen Lernens den veränderten Rahmenbedingungen anpassen müssen.“

Im Umkehrschluss heißt das nichts anderes, dass Sie diese Schulen, die jahrzehntelang hervorragende Arbeit im Rahmen der Inklusion geleistet haben, speziell die Gesamtschulen, jetzt bestrafen und sagen: Jetzt müsst ihr euch auf veränderte verschlechterte Rahmenbedingungen einstellen, aber wir zeigen euch noch einmal genau, wie das geht. Das ist eine Bestrafung dieser Schulform, die jahrzehntelang als Leuchtturmschulen von Rot-Grün angepriesen worden sind.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir werden heute im Laufe des Tages sicherlich noch intensiver über Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge sprechen, die hier zu beschulen sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einige Worte zu den Weiterbildungseinrichtungen sagen. Denn diesen kommt neben den Schulen eine besondere Rolle für die Bildung dieser Kinder und Jugendlichen zu. Ich glaube, in diesem Fall sind wir uns alle tatsächlich einig. Hier haben Sie die Mittel angehoben.

Aber eines möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben: Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, wie oft in der Weiterbildungskonferenz die Situation bei schulabschlussbezogenen Lehrgängen beklagt worden ist. Ich finde es schön, wenn sich grüne Abgeordnete im Rahmen der Aktion „Fraktion vor Ort“ an den Volkshochschulen informieren und diese besuchen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Genau! Das fanden sie richtig gut!)

Aber sagen Sie diesen Volkshochschulen auch, dass wir im Rahmen dieser Geschichte bereits vor Wochen und Monaten unterwegs gewesen sind und einen Antrag im Landtag gestellt haben, den Rot-Grün vom Tisch gewischt hat? Es gehört zur Wahrheit, auch das zu sagen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist Phantom-schmerz!)

Zum Ende hin möchte ich auf den mitzubberatenden Gesetzentwurf „Gute Schule 2020“ eingehen. Sie alle wissen, dass wir uns ein Vielfaches mehr an Engagement im Bereich der digitalen Chancen und der

digitalen Bildung an Schulen wünschen. Dazu zählt nicht nur eine umfassende Fortbildungsoffensive, sondern auch die Ausstattung der Schulen.

Frau Vogt hat schon angesprochen, dass Sie fast sieben Jahre lang die Schul- und Bildungspauschale nicht erhöht haben – trotz permanenter Rekordsteuereinnahmen. Sie bilden nun einen Schattenhaushalt – auch das hat Frau Vogt schon angesprochen – und lassen die Kinder die Schulden bis zum Jahr 2041 abtragen. Das sind in unseren Augen teure Wahlgeschenke.

(Beifall von Dr. Ingo Wolf [FDP] – Zuruf von der SPD: Sie haben das nicht verstanden! – Weitere Zurufe)

Mit Bezug auf teure Wahlgeschenke kann man nachfragen, wie lieb und teuer Ihnen jedes einzelne Kind bzw. jeder einzelne Schüler in Nordrhein-Westfalen ist. Sie verteilen die Mittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“ nicht nur nach der Schülerzahl, sondern legen auch Gemeindefinanzierungsgesetze zugrunde. Das hat dann als Auswirkung, dass bei vergleichbarer Einwohnerzahl – ich nenne die beiden Städte Dortmund und Düsseldorf – die Stadt Düsseldorf 30 Millionen € bekommt, während die Stadt Dortmund 90 Millionen € erhält.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Blödes Beispiel gewählt! Ganz blödes Beispiel! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, jetzt können wir fragen, wie viel Ihnen jedes einzelne Kind in Nordrhein-Westfalen wert ist. Davon, dass der kreisangehörige Raum mit 150 Millionen € auch schlechter behandelt wird, will ich gar nicht erst reden.

(Beifall von der FDP)

Mein letzter Satz: Der Anspruch der rot-grünen Landesregierung war, dieses Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger zu gestalten.

(Michael Hübner [SPD]: Was ist dann mit Monheim? Kriegen die jetzt weniger?)

Mein Urteil lautet: Beide Ziele haben Sie nicht erreicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Gebauer, möchten Sie sich wirklich verhalten lassen, dass Sie zu der Gruppe gehören, von der man im Augenblick sagt, sie argumentiere postfaktisch?

(Beifall von Michael Hübner [SPD] – Zurufe von der FDP: Oh!)

Man könnte auch anführen, sie sage die Unwahrheit.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Ihnen fällt in der ganzen Debatte nichts anders mehr ein!)

Das macht der Kollege Lindner an bestimmten Stellen auch. Wenn man die Unwahrheit sagt, ist es gelogen. Es ist gelogen, dass den Gymnasien Stellen weggenommen wurden. Die Schüler-Lehrer-Relation ist nicht verändert worden. Ganz im Gegenteil: Wir haben den Gymnasien beim Übergang von G9 zu G8 im ersten Jahr zusätzlich 1.000 Stellen gelassen, und im zweiten Jahr waren es 500 Stellen, um den Übergang zu gestalten.

Dass Sie das nicht erwähnen und den Eindruck erwecken wollen, man habe den Gymnasien etwas weggenommen, ist unseriös und schäbig. Das muss ich wirklich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das gehört auch zur janusköpfigen Politik, die Sie gestern und heute vorgelegt haben. Das ist eine wunderbare Arbeitsteilung, wie wir gestern schon gesehen haben: Auf der einen Seite überbietet sich die Fachpolitik mit finanziellen Forderungen, während auf der anderen Seite der Sparkommissar wütet.

Da will ich aus der gestrigen Rede von Herrn Witzel zitieren, in der er gesagt hat, 2.500 Stellen für Vorgriffsstunden hätte man zunächst anders einsetzen können,

(Zustimmung von Ralf Witzel [FDP])

genauso wie 2.000 Stellen, die ich gerade angesprochen habe.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja, klar!)

Sie wissen doch, dass die 2.500 Stellen an die Kollegen und Kolleginnen zurückgegeben werden, die vorher die Mehrarbeit geleistet haben. Das müsste Ihnen doch sehr klar sein.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja, eben!)

Das ist die Rückgabe, dahin gehen sie. Die 2.000 Stellen – ich habe gerade sehr deutlich dargestellt, was damit passiert ist – sind in den Schulen geblieben. Sie sind weiter in den Prozess der Umsetzung des Schulkonsenses und in die bildungspolitischen Maßnahmen gegangen.

Hinzu kommt, dass sich Herr Witzel immer noch nicht von seiner Aussage distanziert hat, 700 Millionen € könne man im Personalhaushalt „mal easy“ einsparen. Das entspricht 14.000 Stellen. Das ist Ihr Programm auf der einen Seite. Das ist scheinheilig. Das ist janusköpfige Politik auf ganzer Ebene.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch von Ralf Witzel [FDP])

Ich komme auf die Frage der Bildungspauschale zurück.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Sie haben es immer noch nicht begriffen. Die Frage der Erhöhung der Bildungspauschale hätte bei den Kommunen bedeutet, etwas von der einen Tasche in die andere Tasche zu geben. Das ist genau der Punkt.

(Heiterkeit von Regina Kopp-Herr [SPD])

Was haben Sie bei der Bildungspauschale und der Erhöhung gemacht? Da haben Sie Kita mit hineingenommen.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

In Wahrheit ist es nämlich dazu gekommen, dass den Kindern in Kita und Schule pro Kopf weniger zur Verfügung gestanden hat.

(Beifall von den GRÜNEN und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Wie kann es denn sein, dass Sie jetzt Ihre Kommunen vor Ort auf die Bäume treiben? Das geht so weit, dass Sie sagen: Das ist schlechtes Geld, nehmt das besser nicht an! – Da sind so irre Bürgermeister unter anderem im Kreis Paderborn unterwegs, die sagen: Dieses Geld will ich nicht für meine Schulen haben. – Das ist wirklich absolut irre.

(Beifall und Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage das noch einmal deutlich: Dass es in dieser heutigen Finanzsituation, in dieser Zins- und Tilgungszeit gelungen ist, 2 Milliarden € für die Unterstützung der Schulträgeraufgaben auf den Weg zu bringen, das ist ein Segen für die Schulen und für die Kinder in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Verschuldung haben Sie gemacht!)

Dazu kommt auch noch die Fortschreibung der Bildungspauschale, die noch einmal 2,4 Milliarden € ...

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Unglaublich! Unglaublich, was Sie da sagen! Unglaublich! – Weitere Zurufe)

– Gehen bei Ihnen jetzt die Hormone hoch, oder was ist? Sie können sich zu einem Redebeitrag melden, aber da müssen Sie jetzt durch. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Schulträger in den nächsten Jahren ca. 4,4 Milliarden € inklusive der Bildungspauschale

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Auf Pump! Alles auf Pump!)

für die Unterstützung dieser Aufgaben zur Verfügung haben werden. Und das ist gut.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Alles auf Pump!)

Jetzt will ich mal Ihre Klientel zitieren, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin, ...

Sigrid Beer (GRÜNE): ... und zwar den Sprecher der Familienunternehmer NRW. Das sollte eigentlich eine Breitseite zur Unterstützung der FDP sein.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin, darf ich Sie unterbrechen, bevor Sie das Zitat beginnen? – Herr Kollege Sieveke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Darf ich erst noch zitieren? Anschließend, Kollege Sieveke, herzlich gerne.

Der Verband der Familienunternehmer NRW hat nämlich gesagt:

Wir halten das blinde Fixieren auf die Schuldenbremse für falsch. Vorübergehend sollte die Landespolitik im Gegenteil eine höhere Staatsverschuldung in Kauf nehmen, wenn das Geld gezielt in die Infrastruktur investiert wird.

Wir investieren in Menschen, wir investieren in die Daseinsvorsorge, wir investieren in die Bildungsstrukturen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Richtige Aussage!)

Es ist also genau richtig, und wir führen trotzdem die Nettoneuverschuldung zurück!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

Jetzt kann Herr Sieveke gerne fragen.

Daniel Sieveke (CDU): Sehr geehrte Kollegin Beer, danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ja, klar doch!)

Sie haben eben in Ihren Ausführungen gesagt: „Es gibt irre Bürgermeister im Kreis Paderborn.“ Ich bitte Sie, dazu noch einmal Stellung zu nehmen, ob Sie diesen Satz aufrechterhalten würden und ob Sie sich nicht dafür zu entschuldigen haben, wenn sich Bürgermeister im Kreis Paderborn,

(Beifall von der CDU)

egal welcher Partei sie angehören, kritisch damit auseinandersetzen, und zwar nicht nur mit der Schule, sondern auch mit der Haushaltssituation des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sigrid Beer (GRÜNE): Lieber Kollege Sieveke, ich will das gerne präzisieren und noch einmal sagen: Ich finde das irre, wenn Bürgermeister dieses Geld ablehnen und sagen: Ich will das nicht für Kinder einsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Daniel Sieveke [CDU]: Unglaublich!)

Das ist in der Tat nicht anders wahrzunehmen. Dafür gab es, glaube ich, auch vor Ort entsprechende Rückmeldungen, um das noch einmal ganz deutlich zu sagen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ich habe schon damit gerechnet, dass die Emotionen ein bisschen hochgehen. Das muss aber sein, weil man so nicht mit dem umgeht, was Kindern im Land Nordrhein-Westfalen zugutekommen soll.

(Beifall von der SPD)

Wir werden das auch weiter unterstützen; denn wir unterstützen die Kommunen auch in der Frage der Schulsozialarbeit. Das haben wir sichergestellt. Wir lassen den Bund nicht aus der Verantwortung, aber auch hier wird Infrastruktur gestützt, und die Kolleginnen und Kollegen, die in diesem wichtigen Feld für die Schulen arbeiten, bekommen dadurch Sicherheit.

Die Kollegin Hendricks hat eben schon auf die OGS-Förderung verwiesen. Es ist auch wichtig, gerade den Kindern in der schulfreien Zeit hinsichtlich der vorhandenen Ferienmaßnahmen, die die Bildungserfolge weiter sichern werden, Unterstützung angedeihen zu lassen. Da sehen wir die Aufgaben ganz klar.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin, Entschuldigung. Es gibt den zweiten Wunsch nach einer Zwischenfrage, dieses Mal bei Herrn Kollegen Kuper.

Sigrid Beer (GRÜNE): Aber herzlich gerne.

Präsidentin Carina Gödecke: Bitte schön.

André Kuper (CDU): Vielen Dank, Frau Kollegin. Frau Kollegin, Sie haben ja eben die Bürgermeister als „irre“ bezeichnet, die keine Schulden aufnehmen wollen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ich finde es irre, wenn man so argumentiert! – Daniel Sieveke [CDU]: Unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU)

Sind dies Schulden des Landes für die Kommunen, oder müssen die Kommunen hier Schulden aufnehmen? Und wenn sie Schulden aufnehmen müssen, was Sie ja wissen: Wie ist es denn mit der Anrechnung?

(Zurufe von der SPD)

Wir haben gestern ein Gespräch mit dem Bankenverband geführt, der sehr deutlich sagt: Es spielt keine Rolle, ob die Kommune diese Schulden zurückerzahlt oder nicht. Es ist eine weitere Verschuldung der Kommune und engt ihren Spielraum ein. – Sehen Sie das anders?

Sigrid Beer (GRÜNE): Ja, Herr Kuper, das sehe ich anders. Das ist genau die Kampagne, die Sie persönlich vor Ort fahren, um da die Kommunen auf die Bäume zu treiben. Es ist absolut falsch. Es erhöht nicht die Kreditquote und die Verschuldung der Kommunen. Das ist absoluter Quark.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch von der CDU – Michael Hübner [SPD]: Die Kommunen schließen ihre eigenen Kreditverträge ab!)

Aber Sie sind so unterwegs und versuchen das in der Landschaft entsprechend zu setzen. Das ist genau Ihre Kampagne, es sind die Musteranträge, die uns alle bekannt sind. Aber, Herr Kuper, das fruchtet nicht. Das vergiftet nur das Klima vor Ort, wo es darum geht, etwas für die Schulen vor Ort zu tun.

(Zurufe von der CDU)

Da müssten Sie eigentlich Ihre Verantwortung als kommunalpolitischer Sprecher anders wahrnehmen. Das will ich noch einmal sagen.

Jetzt komme ich noch zu einigen inhaltlichen Punkten, was die Aufstockung des Schulhaushaltes angeht, und zu der Frage der Stellungnahmen, die hier angeführt worden sind.

Auch in der Anhörung zur Mülheimer Erklärung ist ja deutlich geworden, dass die Lehrerverbände kein anderes Konzept haben, um noch mehr Kollegen oder Kolleginnen zu gewinnen. Wir haben wirklich die Möglichkeit der Beschulung mit dem Stellenaufwuchs unterstützt. Wir zeigen uns verlässlich, weil wir die Prozesse begleiten und da, wo Nachsteuerungsbedarf notwendig ist, dann auch entsprechend nachsteuern. Das kann man Ihnen ja nicht recht machen, das kritisieren Sie dann auch wieder. Aber was bleibt Ihnen als Opposition denn eigentlich übrig?

Eine weise Entscheidung habe ich übrigens von Frau Balbach durchaus zur Kenntnis genommen, nämlich, dass Sie Ihre Klage wegen des neuen Integrationserlasses zurückgenommen haben, weil Sie überhaupt keine Erfolgsaussichten damit haben und weil die ganze Welle, die Sie zu machen versucht haben, sich in Luft auflöst.

Deswegen würde ich Sie bitten, dass wir im gemeinsamen Interesse – ich freue mich, dass Sie die Investitionen wahrnehmen und gelobt haben – diesen Weg der systematischen Entwicklung gehen. Wir haben für zusätzliche Studienplätze gesorgt. Wir haben

dafür gesorgt, dass die Infrastruktur der Unterstützung, der systematischen Fortbildung durch ein Landesinstitut, was die Schulen dringend als Unterstützungsagentur brauchen, wieder aufgebaut wird. Wir sorgen für die Lehrerstellen, wir sorgen dafür, dass sie auch flexibel besetzt werden können, wo sich Engpässe abzeichnen. An jedem Platz wird individuell und schnell reagiert.

Deswegen noch einmal die Aufforderung, das konstruktiv zu begleiten! Denn Ihr Regierungshandeln im Vorfeld bis zum Jahr 2010 hat die Weichen leider nicht so positiv gestellt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt Frau Kollegin Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte so ein bisschen die Luft aus dem Ballon nehmen, weil ich denke, wenn wir uns nur gegenseitig vorhalten, was damals war und was heute ist, dann hilft uns das an dieser Stelle nicht weiter.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich möchte mich zunächst den anderen Oppositionsfraktionen anschließen und sagen: Es ist tatsächlich etwas passiert, und das muss man auch anerkennen. Viele Dinge sind meines Erachtens angestoßen worden. Es hat Verbesserungen gegeben. Und wenn wir ehrlich sind, müssen wir auch feststellen, dass sich viele Probleme aufgrund der Situation, die sich darstellt, dass wir nicht genug Kollegen vor Ort haben, so schnell nicht lösen lassen. Das muss man fairerweise sagen. Das betrifft auch Dinge wie Unterrichtsausfall und Ähnliches. Ich finde, wir sind derzeit in einer Situation, wo wir ein wenig vorsichtig schauen müssen, was wir machen.

Nichtsdestotrotz: Bildung ist eine sehr, sehr große und wichtige Maschine, und die funktioniert nur, wenn jedes Zahnrad läuft wie geschmiert. Bei allen Anstrengungen gibt es immer noch Zahnräder, die stocken, die nicht rundlaufen und die dazu führen, dass das ganze Bildungssystem in NRW nicht so gut läuft, wie wir uns das wahrscheinlich alle wünschen würden.

Da ist zum einen – das ist gerade angesprochen worden – die Entscheidung zum Ausbau der schulischen Inklusion. Die empfinde ich, wie auch die anderen Oppositionsfraktionen, tatsächlich als Tiefpunkt. Mit der Inklusion gab es sehr große Herausforderungen, und wir haben lange darüber diskutiert. Wir müssen feststellen: Liebe Landesregierung, Sie waren ja gewarnt; denn zahlreiche Verbände, die CDU, die FDP und auch wir haben damals gesagt: So wird das nicht

funktionieren. – Heute muss man sagen, dass wir recht hatten.

Auch wenn man hier jetzt nachsteuert, wird es noch sehr lange dauern, bis überall dort, wo gemeinsamer Unterricht stattfindet, auch ausreichend Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen verfügbar sind. Ich glaube, dass nur so gewährleistet wird, dass individuelle Förderung in den allgemeinen Schulen wirklich stattfindet. Bei allem, was die CDU und die FDP irgendwann einmal gemacht haben und sicherlich auch falsch gemacht haben, muss man an dieser Stelle sagen: Das ist Ihre Verantwortung, das haben Sie auf den Weg gebracht, das ist die Verantwortung dieser Landesregierung. – Das hat nichts damit zu tun, was irgendwann einmal passiert ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir haben frühzeitig gewarnt und haben auch sehr viele Vorschläge gemacht. Diese Vorschläge gingen weit darüber hinaus, als nur zu fordern, nachzusteuern, indem man mehr Stellen schafft. Diese Vorschläge hat man weitestgehend vom Tisch gefegt.

Hier zu sagen, der Mülheimer Erklärung sei damit entsprochen, dass man jetzt nachgebessert habe, ist einfach unglaublich. Diese Mülheimer Erklärung hatte nämlich sehr viel mehr Inhalt als nur das Nachsteuern von 290 Stellen, von denen ich nicht einmal sicher bin, wie man die besetzen will. Ich sehe im Moment gar nicht, wie die besetzt werden sollen. Nun gut!

(Beifall von den PIRATEN)

Das zweite Thema, bei dem es diese nicht richtig laufenden Zahnrädchen gibt, ist unserer Meinung nach immer noch der offene Ganztag. Das beschäftigt uns hier auch sehr lange. Auch im 14. Jahr nach der Einführung wurde dem offenen Ganztag an den Grundschulen immer noch kein solides finanzielles Fundament gegeben. Dies hätten die Einrichtungen angesichts ihrer wichtigen Bildungsarbeit aber längst verdient. Stattdessen müssen die Träger die Einrichtungen unter Bedingungen führen, als seien sie teilweise immer noch Provisorien.

Die durch Sie garantierte Förderung der Einrichtungen ist noch immer viel zu niedrig. Zu gering waren die Anpassungen der letzten Jahre, um die Versäumnisse der Vergangenheit auszugleichen. Den Kommunen und den Trägern der Einrichtungen werden weiterhin Lasten auferlegt. Letzten Endes müssen sich die Beschäftigten oftmals mit prekären Beschäftigungsverhältnissen zufriedengeben, die mit guter Arbeit wenig zu tun haben.

An dieser Stelle noch einmal: Es ist nicht hinnehmbar, dass der Standard kommunal so unterschiedlich ist. Eigentlich müssen wir den Anspruch haben, dass der Standard in allen Kommunen von NRW gleich ist. Das sehe ich nicht.

(Beifall von den PIRATEN)

Es ist Ihre Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Angebote nachhaltig sichern und die Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität des offenen Ganztags ermöglichen.

Frau Hendricks hatte es angesprochen: Die Quantität wird ausgeweitet. – Das ist gut und richtig, reicht aber nicht. Wir müssen auch noch mehr Geld in die Qualität stecken, wenn der offene Ganztag mehr als ein reines Betreuungsangebot sein soll.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Weiterbildung; auch das ist gerade angesprochen worden. Auf die Zuwanderung in der jüngeren Zeit haben die Einrichtungen reagiert. Dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön; denn sie haben mit einem sehr großen Engagement ihr Angebot vor allem zur Sprachförderung ausgeweitet.

(Beifall von den PIRATEN)

Es zeichnet sich außerdem deutlich ab, dass die zunehmende Digitalisierung den Stellenwert der Weiterbildung weiter erhöht. In der digitalisierten Welt wird das lebenslange Lernen zu einer Notwendigkeit. Das zeigt, welche Bedeutung die Weiterbildung in Zukunft in diesem Land haben wird.

Auch hier hat die Landesregierung einiges getan, um die Weiterbildungseinrichtungen bei wachsenden Aufgaben zu stärken. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Weiterbildung nicht gut genug ausgestattet ist. Viel zu lange wurde sie zu knapp gehalten. Seit vielen Jahren haben Sie die Landesförderung nicht angepasst, und seit vielen Jahren fordern Sie von den Einrichtungen der Weiterbildung einen sogenannten Konsolidierungsbeitrag, was nichts anderes ist als eine Kürzung der Mittel. Jetzt soll dieser Konsolidierungsbeitrag für die Jahre 2017 bis 2019 auf 5 % gesenkt werden. Das reicht unserer Meinung nach nicht.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir meinen: Den Einrichtungen sollte ab 2017 endlich wieder die volle Fördersumme zur Verfügung stehen. Außerdem ist es allerhöchste Zeit, dass eine systemische Stärkung der Weiterbildung angegangen wird. Dies haben uns in der letzten Woche die Teilnehmer der Weiterbildungskonferenz auch mit auf den Weg gegeben. Und bevor Sie fragen: Selbstverständlich werden wir dazu auch noch Haushaltsänderungsanträge stellen.

Ich komme jetzt zu einem Bereich, der gerade ganz kurz angesprochen wurde, nämlich zur Bildung in der digitalisierten Welt.

Ich mache es ganz kurz: Das Pflichtfach Informatik haben Sie abgelehnt. Hier hätten wir uns gewünscht, dass Sie die Studienplätze für Informatiklehrer massiv ausweiten.

Der von Ihnen hochgelobte Medienpass hat kaum eine Verbreitung in den weiterführenden Schulen gefunden; in den Grundschulen sieht es etwas anders aus – okay.

Nach Auffassung von Frau Ministerin muss das Lehrpersonal nicht einmal umfänglich gesondert geschult werden, wie sie es im letzten Schulausschuss gesagt hat. Hinsichtlich der Datenschutzfragen zum Beispiel bei „Bring your own device“ hört man nichts, weiß man nichts. Ich glaube, um dieses Thema macht man einen dicken Bogen. Da bin ich gespannt.

Breitbandanschlüsse im Gigabitbereich sind an unseren Schulen Mangelware. Darauf kommen wir gleich noch: Schule 2020.

Ich glaube, es gibt bei der Bildung in NRW kaum einen Bereich, über den so viel geredet wird und bei dem anschließend mehr Verwirrung herrscht als vor der Debatte. Kaum einer trennt im Bereich der digitalen Bildung zwischen Kompetenzen, neuen Inhalten, Methoden und den infrastrukturellen Voraussetzungen. Es ist gesagt worden und bei einigen tatsächlich inzwischen angekommen – bei Weitem aber nicht bei allen, wenn ich an unseren Antrag „Bildung hoch vier“ denke –: Digitalisierung beginnt im Kopf. Das ist allerdings schwierig, wenn man, wie die Landesregierung, an dieser Stelle den Kopf in den Sand steckt.

Noch zu keinem Zeitpunkt habe ich hier Debatten über die immer wichtiger werdenden Soft Skills gehört. Wer schon bei den Hard Facts keine konkreten und verpflichtenden Elemente festlegen will, der tut sich da schwer.

Wir haben uns dieses Themas schon zu Beginn der Legislaturperiode angenommen, während Sie – das ärgert mich immer noch – immer nur abgewehrt haben. Als wir in den Landtag gekommen sind, hat die Frau Ministerpräsidentin von der Politik der ausgestreckten Hand gesprochen. Wir haben immer wieder Vorschläge gemacht. An keiner Stelle ist man mit uns in den konstruktiven Dialog gegangen. Hätte man das damals getan, dann wären wir um einiges weiter und müssten nicht bis zum Schuljahr 2018/2019 warten, bis die Pläne der Landesregierung in Trippelschritten greifen – und das nicht einmal umfassend. Dann, meine Damen und Herren, hätten Ihre Kinder und Enkelkinder, vor allem aber die Kinder und Jugendlichen, die von Haus aus nicht so viel Unterstützung erfahren, eine realistische Chance, nicht die Bildungsverlierer in der digitalisierten Welt zu werden.

Zum Thema „Gute Schule 2020“: Hier so zu tun, als sei dieses Konzept das Allheilmittel der Bildung, halte ich für maßlos übertrieben. „Gute Schule 2020“, die Ausstattung der Gebäude, ist wie alles andere ein Zahnradchen, das zwar sehr wichtig ist, aber es ist nur eins von vielen und wird nicht automatisch zu besserer Bildung führen.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Monika Pieper (PIRATEN): Ein letzter Satz an die liebe Kollegin Sigrid Beer: Es gibt auch bei den Grünen „Irre“. Meines Wissens haben nämlich die Grünen in Velbert das Programm „Gute Schule 2020“ auch abgelehnt. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper. – Jetzt spricht der fraktionslose Abgeordnete Schulz.

Dietmar Schulz (fraktionslos): So ist es. Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Beer, „postfaktisch“ ist das internationale Wort des Jahres, das neue „Ätsch, ich bin oder weiß es besser.“ Fakt ist: Nordrhein-Westfalen hinkt in der Bildungspolitik deutlich hinter anderen Bundesländern her. Dabei ist zu bemerken: Bildungsföderalismus führt zu Chancenungleichheiten, die überall zu spüren sind.

Vor allem strukturschwache und finanzschwache Regionen in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen sind benachteiligt und bekommen das zu spüren. Dies auszugleichen, dem dient offenbar das hier in erster Lesung im Rahmen der Haushaltsdebatte vorgelegte Gesetz „Gute Schule 2020“. Dazu möchte ich reden, weniger zur Bildungspolitik im Allgemeinen.

Vor allem die Ausstattungen, die Standards der Schulen sind infolge der Finanzschwäche der Kommunen und angesichts der enormen Herausforderungen, vor denen sie insbesondere wegen der notwendigen Integration von Geflüchteten und Zuwanderern stehen, ein vorrangiges staatliches Aufgabenziel. Dies in den Griff zu bekommen, dem dient wohl auch das Gesetz. Aber es reicht nicht.

Wir alle wissen, dass sich seit Jahrzehnten gerade im Bereich der Schulinfrastruktur Defizite angehäuft haben. Die 2 Milliarden € mögen ein erster Tropfen auf diesen verdammt heißen Stein sein.

Man muss ganz klar sehen: Wir alle wissen, dass dieses Gesetz einen recht forschen und haushalterisch fragwürdigen Vorstoß der Landesregierung heilen soll. Es folgt letztendlich aber doch dem Selbstzahlerprinzip. Die Kinder, die heute bzw. in den nächsten drei Jahren und auch danach in den Genuss einer verbesserten Schulinfrastruktur kommen, werden die späteren Steuerzahler sein, welche die Zeche jahrzehntelanger Misswirtschaft in dem Bereich zu zahlen haben.

(Beifall von Daniel Sieveke [CDU])

Es sind die heute 16- bis 17-Jährigen, denen dieses Haus – bislang zumindest – das Wahlrecht auf Landesebene verweigert. Sie werden bis 2041 belastet sein und den Anteil der Tilgung, den NRW jährlich aufzubringen hat, zu zahlen haben. Unter dem Strich heißt das: rechte Tasche, linke Tasche. Natürlich ist es ein Notausgang aus der Schuldenbremse, die nun auch das Land Nordrhein-Westfalen einzuhalten hat.

Dieses Diktum deutet letztendlich darauf hin, dass der Landeshaushalt mit jährlich 500 Millionen € mehr belastet sein müsste. Der Abbaupfad des Finanzministers der Neuverschuldung bis 2019, der heute im Übrigen bei dem riesengroßen Bildungshaushalt nicht zugegen ist, wäre in Gefahr. Jetzt müssten die Politiker des Landes erkennen, dass unterlassene Investitionen der vergangenen Jahrzehnte wie ein Bumerang zurückfliegen.

Ich verweise auf einen Beschluss eines Landesparteitags der Piratenpartei, der Bildung zum Ausnahmetatbestand bezüglich der grundgesetzlich geregelten Schuldenbremse erheben wollte. Die Chancen dazu sind noch nicht vertan. Sie wurden allerdings in der Verfassungskommission vertan. Da hätte ein Ansatz gefunden werden können. Er könnte auch im Rahmen eines politischen Antrags hier noch einmal Bedeutung gewinnen.

Unter dem Strich ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, Sie kommen zum Schluss.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident, selbstverständlich. – Letzter Satz: Jetzt, fast fünf Jahre nach Beginn der Legislaturperiode, fällt der Landesregierung ein, es müsse etwas für die Schulinfrastruktur getan werden. Heute geriert sie sich mit einem Wahlgeschenk. Wir werden sehen, wann und wie sich das auswirkt. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schulz. – Nun spricht als nächste Rednerin für die Landesregierung Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Präsident Kennedy hat einmal gesagt: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nach diesem Grundsatz arbeitet die gesamte Landesregierung, weil sie weiß, wie wichtig dieses Feld für die Gestaltung der Zukunft ist. Das gilt für den Hochschuletat, für den Etat von Ministerin Kamp-

mann, aber auch für den Kommunaletat, weil wir neben Bildungspauschale und „Gute Schule 2020“ zum Beispiel auch die Mittel im Gemeindefinanzierungsgesetz immer wieder angehoben haben. Es gehört alles zusammen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Insgesamt beträgt das Volumen des Einzelplans 05 17,87 Milliarden €. Das sind noch einmal 576 Millionen € mehr als 2016. Herr Witzel und Frau Vogt haben eben beklagt, wir hätten die Einsparvorschläge der CDU im Schulhaushalt abgelehnt. Ich sage Ihnen: Ja, wir haben sie abgelehnt, weil wir bei der Bildung nicht sparen wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich höre im Moment immer, dass allen überall viel mehr versprochen wird, aber nicht erklärt wird, wo man etwas wegnimmt, wenn man es nicht mit einem Stellenaufwuchs finanzieren will. Die 12.000 Stellen, die Herr Witzel eben beklagt hat, sind in bestimmte Bereiche geflossen; ja, das ist richtig.

Sie sind zum einen für einen funktionierenden öffentlichen Dienst vorgesehen, weil wir auch den brauchen, zum Beispiel um Straßenbaumittel abzurufen, um Lebensmittelschutz zu betreiben, um Lehrerstellen zuzuweisen. Dort war es notwendig, nachzusteuern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sind zum anderen für die Schulen und die innere Sicherheit vorgesehen. Darum sind so viele Stellen dazugekommen. Es geht um das Gemeinwohl und um die Interessen der Menschen in unserem Land. Das war und ist richtig, und dafür steht diese Regierung aus großer Überzeugung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu den Einzelheiten: Im Lehrerstellenhaushalt haben wir noch einmal knapp 2.200 Stellen mehr geschaffen. Zudem werden rund 900 Stellen für die Integration Zugewanderter sowie 300 Stellen für die Sprachförderung zusätzlich bereitgestellt. Insgesamt haben wir damit seit 2015 1.500 zusätzliche Stellen speziell für Integration und Sprachförderung geschaffen.

Frau Vogt, ich sage – auch wenn Sie wider besseres Wissen etwas anderes behaupten –: Nur durch Bildung gelingt Integration. Das ist der richtige Grundsatz. Der Ansatz, so viel Integration wie möglich und so viel separate Sprachförderung wie nötig zu gewährleisten, stammt nicht nur aus NRW, sondern entspricht auch dem Ansatz der Kultusministerkonferenz. Auch die OECD forciert diesen Ansatz, weil sie der Meinung ist, dass die Kinder auf diese Weise besser lernen. Es ist richtig, dass wir hier so vorgehen. Es ist nichts gestrichen worden, und es sind auch keine Organisationsformen verboten worden. Das will ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit klarstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann komme ich zu dem wichtigen Feld der Inklusion, in dem wir mit diesem Haushalt weitere 700 zusätzliche Stellen einrichten werden. Damit lösen wir unser Versprechen ein, einen intensiven und herausfordernden Umbauprozess anzugehen. Das wird er für jedes Bundesland sein. Auch das heute im Bundestag beschlossene Bundesteilhabegesetz wird einen intensiven Umbauprozess nach sich ziehen. Dass das völlig reibungslos läuft, habe ich von anderen Kolleginnen und Kollegen der KMK nicht gehört. Das gilt auch für Frau Beer, die ehemalige hessische Kultusministerin, die gesagt hat: Das ist ganz leicht. – Vielmehr tragen alle vor, wie schwierig dieser tiefgreifende Veränderungsprozess rund um die Inklusion ist.

Wir haben erklärt, wir gehen das Ganze nach guter Beratung an und steuern nach, wenn wir konkret sehen, wo wir das qualifiziert tun können. Dieses Versprechen löst die Koalition und auch ich ganz persönlich ein. Das ist richtig, und das ist gut so.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir unterstützen das Stellenbudget, die Fortbildung, das Change Management, die Berufskollegs. – Frau Gebauer, Sie haben behauptet, ich deklarierte Schulen zu Schulen des gemeinsamen Lernens. Das ist kein Prozess, in dem die Ministerin Schulen deklariert, sondern die Kommunen und die Schulträger entscheiden darüber vor Ort. In dem Fall setzt der andere Steuerungsmechanismus ein.

(Zuruf von Yvonne Gebauer [FDP])

Kein Wunder, dass Sie manche Dinge immer wieder anders darstellen, wenn Sie diesen Grundsatz nicht verstanden haben. Ich begreife nicht, wie Sie das nach den vielen Diskussionen immer noch falsch in den Raum stellen können und so die vorhandene Verunsicherung weiter vorantreiben. Wahrscheinlich wollen Sie nicht, dass dieser Weg gelingt. Wir wollen, dass er trotz aller Schwierigkeiten gelingt. Ich danke allen Lehr- und Fachkräften dafür, dass sie den Weg im Interesse der Kinder und Jugendlichen mitgehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen auch einen großen Erfolg nennen: Es gibt meines Wissens keine Petitionen mehr. Eltern müssen das Grundrecht auf gemeinsames Lernen nicht mehr einklagen. Darauf sind wir – bei allen Schwierigkeiten – stolz. Das ist der Gewinn für die Kinder.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Yvonne Gebauer [FDP])

Auch hier erlaube ich mir, Herrn Schleicher zu zitieren, der gesagt hat, Inklusion sei kein Luxus, sondern Inklusion sei auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft, weil es gut sei, die Potenziale aller Kinder und Jugendlichen bestmöglich zu heben.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Das ist nicht nur gut für die Kinder, sondern es ist auch gut für den Arbeitsmarkt. Gestern war zu lesen, wie schwierig etwa ein gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung ist. Den Zusammenhang wollte ich hier noch einmal deutlich machen.

Meine Damen und Herren, wir investieren insgesamt in die Qualität unserer Bildungslandschaft. Das betrifft den Ganztag und die Umsetzung des Schulkonsenses, der ein großer Erfolg ist. Wir investieren zusätzlich in kleinere Klassen, und zwar an allen Schulformen; das möchte ich noch einmal unterstreichen.

Wir investieren zusätzlich in den Ausbildungskonsens. Nordrhein-Westfalen ist das erste Flächenland, das allen Schülerinnen und Schülern flächendeckend eine bessere Berufswahl und Studienorientierung bietet. Sie sagen immer, wir seien hinten. Aber da sind wir ganz vorn, und auch darauf sind wir stolz.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In dem Bereich haben wir mit allen Partnern des Ausbildungskonsenses eine sehr gute Zwischenbilanz gezogen.

Wir investieren außerdem in 50 zusätzliche Stellen für den islamischen Religionsunterricht. Auf diese Weise können zukünftig mehr muslimische Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen Religionsunterricht erhalten.

Apropos IRU: Herr Dr. Stamp, der jetzt leider nicht da ist, hat gestern gefordert, weil ich ein Beiratsmitglied abberufen habe, ich solle den ganzen Beirat auflösen nach dem Motto: Weg damit!

(Yvonne Gebauer [FDP]: Nein, es geht um die Neuzusammensetzung!)

– Die findet auf gesetzlicher Grundlage statt. Wenn zum Beispiel Frau Koch-Mehrin als Abgeordnete nicht mehr so arbeitet, wie Sie sich das vorstellen, dann lösen Sie doch auch nicht direkt die ganze Partei auf.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich meine, man muss einmal sagen, welche Ungeheuerlichkeit Sie hier in die Welt gesetzt haben.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU] – Ibrahim Yetim [SPD]: Der war gut, der Vergleich! Der war richtig gut!)

Für Sie mag das ein Spielchen sein. Sie haben vielleicht ein Interesse daran, den Beirat insgesamt in seiner Arbeit zu diskreditieren.

(Marcel Hafke [FDP]: Das ist eine Frechheit, so was zu unterstellen!)

Ich finde es richtig, dass wir dazu beitragen, dass die Kinder an einer deutschen Schule unter deutscher Schulaufsicht islamischen Religionsunterricht bekommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist ein Beitrag zur Integration. Es ist ein Grundrecht, das wir umsetzen. Es ist im Übrigen auch ein Beitrag zur Prävention. Darum ist es so wichtig, und darum arbeiten wir weiterhin an der Umsetzung.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen Punkt nennen, der mir besonders wichtig ist. Ich freue mich sehr, dass wir es hinbekommen haben, die Besoldung der Schulleiterinnen und Schulleiter von Grund- und Hauptschulen um eine Stufe, nämlich mindestens auf A14, anzuheben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe es gehofft, aber ich konnte mir nicht sicher sein, dass wir das – und es war ja auch nicht versprochen – noch zusätzlich haben leisten können. Das ist ein großer und richtiger Schritt. Weitere werden wir in der nächsten Legislaturperiode umsetzen. Jedenfalls haben wir nicht nur die Anrechnung der Leitungszeit verbessert, sondern unterstützen die Kolleginnen und Kollegen auch insgesamt bei ihrer wichtigen Arbeit.

Darüber hinaus ist die Weiterbildung zu nennen. Auch hier war versprochen worden, Kürzungen abzumildern. Wir sind weit darüber hinausgegangen; denn die Weiterbildungsträger sind nicht nur wichtig für die Grundbildung, sondern auch für die Qualifizierung der Zugewanderten. Ich möchte einen großen Dank an die Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung richten: Auch sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Grundbildung und Integration. Hier hat Rot-Grün weit über die Versprechen hinaus Wort gehalten.

Das Programm „Gute Schule“ ist nicht nur gut für die Schülerinnen und Schüler, sondern es ist auch ein kleines Konjunkturprogramm. Deswegen ist es gut, dass der Bauminister gleich noch einiges dazu sagen wird, weil der Ansatz, den wir in Nordrhein-Westfalen pflegen und umsetzen, insgesamt ein ganzheitlicher ist. Alles, was wir tun, kommt allen Schülerinnen und Schülern zugute – das will ich noch einmal deutlich machen –, egal ob sie Murat oder Ayşe, Marie oder Leon heißen, egal ob sie aus Syrien kommen, aus Duisburg-Marxloh, aus Solingen, aus Essen-Werden oder aus der Eifel. Alle Schülerinnen und Schüler sollen in unseren Schulen gute Bildung bekommen. Daran arbeiten wir mit aller Kraft, und das wollen wir auch weiterhin tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Sieveke.

Daniel Sieveke (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hätten Sie doch besser geschwiegen! So hätte man es gerade schon zusammenfassen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Ministerin, Sie haben fast sieben Jahre in die Schulen hineinregiert und ein Chaos hinterlassen. Wenn Sie die Bürgermeister vor Ort, die jetzt mit haushaltspolitischen Ansätzen und Vernunft an das Programm „Gute Schule“ herangehen und überlegen, ob es wirklich ein gutes Programm ist, als irre bezeichnen, dann zeigt das den Geist dieser Regierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie streiten ab, dass es sich bei „Gute Schule“ um ein Kreditprogramm handelt. Doch es bleibt dabei: Die jungen Menschen müssen dieses Kreditprogramm abbezahlen. Wo es angedockt ist, ist egal. Sie müssen das Geld zurückzahlen, und das verschweigen Sie. Das ist Ihr Geist in der Bildungspolitik. Sie bringen etwas ein, feiern es die ganzen Jahre ab, wie den Bereich Inklusion, und nehmen die Kritikpunkte vor Ort überhaupt nicht mehr wahr.

Frau Ministerin, eben haben Sie gesagt: Es gibt keine Petitionen mehr von Eltern, die ihren Anspruch einklagen müssen. – In Zukunft wird es Petitionen von Menschen geben, die fragen: „Wo sind die Förderschulen geblieben, in die meine Kinder gehen können?“, und das ist richtig so.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen ist die Kritik der Bürgermeister im Kreisgebiet Paderborn berechtigt. Das Land Nordrhein-Westfalen schließt keine Schulen, aber Sie setzen die Kommunen vor Ort mit Ihrer Politik derartig unter Druck, dass sie die Schulen schließen müssen, die wir morgen dringend benötigen. – Vielen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sieveke. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Dahm.

Christian Dahm (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher! Herr Sieveke – wo sitzt er? Da! –, hätten Sie doch heute Vormittag besser geschwiegen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist schon einiges darüber gesagt worden, was wir in Bildung investieren. Die Schulministerin hat das

sehr deutlich gemacht, und auch Frau Beer und Frau Hendricks haben es dargestellt. Wir investieren nicht nur in die Köpfe und in die Qualität, sondern auch in die Infrastruktur unseres Landes.

„Gute Schule 2020“ ist das größte und beste kommunale Konjunkturprogramm für unsere Städte und Gemeinden, das wir je aufgelegt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In den nächsten Jahren wollen wir insgesamt 2 Milliarden €, jährlich 500 Millionen €, für die Sanierung, die Modernisierung und den Ausbau der kommunalen Schulinfrastruktur zur Verfügung stellen. Das ist gut angelegtes Geld; denn wir wissen, dass Schulpolitik Zukunftspolitik ist.

Bis 2020 wollen wir gute und moderne Schulen in ganz Nordrhein-Westfalen schaffen. Dabei unterstützen wir unsere Kommunen gerne; denn wir wissen, dass die Städte und Gemeinden das aufgrund ihrer Haushaltslage nicht allein bewältigen können. Wir helfen ihnen dabei.

Dieses Programm hilft und unterstützt nicht nur unsere Kommunen, sondern auch – es ist eben angesprochen worden, der Bauminister wird gleich darüber reden – unsere regionale Wirtschaft und das Handwerk. Das ist nicht nur – Frau Beer hat es angesprochen – ein Segen für die Schulen, sondern auch für die Schulträger und für unsere Städte und Gemeinden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Grundsätzlich werden alle Investitionen gefördert – inklusive Sanierungs- und Modernisierungsaufwand auf kommunalen Schulgeländen, inklusive der Sportstätten –, ebenso Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur und zur Ausstattung.

Herr Kuper, gestatten Sie mir einen Hinweis – Herr Sieveke hat es angesprochen –: Sie müssen dieses Programm nicht nehmen. Das ist kein Pflichtprogramm. Andere Städte werden gerne darauf zurückgreifen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage ganz deutlich: Wenn wir in diesem Land viele kluge Köpfe haben wollen, wenn Inklusion und Integration gelingen sollen, dann brauchen wir gute Schulen. Das fängt schließlich beim Zustand der Schulen an. Dieses Programm leistet dazu einen ganz wichtigen Beitrag. Für uns ist es wichtig, dass alle Kommunen davon profitieren und keine Kommune ausgeschlossen ist. Für die Verteilung haben wir nach dem GFG-Schlüssel entsprechende Parameter angelegt.

Frau Vogt, befassen Sie sich einmal mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz und der Schulpauschale. Das, was Sie hier vorstellen, ist „rechte Tasche, linke Tasche“. Sie erhöhen die Schulpauschale

und ziehen es von der Gesamtschlüsselmasse ab. Das geht zulasten aller Kommunen. Sie geben kein frisches Geld hinein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie arbeiten hier mit Taschenspielertricks.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das ist die pure Verzweiflung!)

– Ja, das ist die pure Verzweiflung. Damit täuschen Sie die Kommunen. Das muss man an dieser Stelle einmal ganz deutlich ansprechen.

Hier wird der besondere Bedarf finanzschwacher Kommunen berücksichtigt und gleichzeitig sichergestellt, dass alle Kommunen von dem Programm „Gute Schule“ profitieren können.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz sagen – Herr Kuper hat es angesprochen –: Die Aufnahme von Verbindlichkeiten wird sich weder auf das Eigenkapital noch auf die Ergebnisrechnung der Kommunen negativ auswirken. Aus haushaltsrechtlicher Sicht ist das Programm nämlich bilanzneutral zu bewerten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Keine Kommune wird aufgrund ihrer finanziellen Situation ausgeschlossen. Auch das ist uns wichtig.

Das Verfahren ist unbürokratisch, weil es keiner Konzepte und keiner Eigenbeteiligung der Kommunen bedarf. Mit dem Programm „Gute Schule“ ist Nordrhein-Westfalen für die Zukunft gut aufgestellt. In der nächsten Woche findet die Anhörung dazu statt, und in 14 Tagen werden wir es beschließen, damit die Städte das Geld am 1. Januar 2017 abrufen können. – Herzlichen Dank dafür.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dahm. – Für die grüne Fraktion hat nun Frau Zentis das Wort.

Gudrun Zentis (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich hier nur zur Weiterbildung äußern; der Wortbeitrag von Herrn Sieveke hat jedoch zu viel offengelassen. Das geht so nicht; da sind noch einige Kleinigkeiten richtigzustellen.

Richtig ist: Das Land schließt keine Förderschulen. Es hat es aber freigestellt, Teilstandorte zu bilden, so wie auch im Grundschulbereich. Hierdurch können viele Kinder vor Ort beschult werden. Das ist eine wichtige Leistung der Regierung.

(Beifall von der SPD)

Wenn jemand Chaos vorgefunden hat und zum Teil immer noch mit den Aufräumarbeiten beschäftigt ist, dann ist das Frau Ministerin Löhrmann und mit ihr diese Regierung. Wenn irgendjemand nicht wieder tätig werden sollte, dann ist das Ihre Regierung im Schulministerium.

(Lachen von der CDU)

Ähnlich positiv fällt mein Resümee auch für die Weiterbildung aus: 3,2 Millionen € mehr für Weiterbildungskurse in der Sprachförderung, zur Alphabetisierung und Grundbildung, 100 neue Stellen in den Weiterbildungskollegs, eine strukturelle Stärkung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in Höhe von 6,25 Millionen €, so wie schon in 2016.

Damit wird die gemeinwohlorientierte Weiterbildung gegenüber 2010 – das war ja unsere Ausgangsbasis – um rund 26 Millionen € angehoben. Das ist eine Leistung, die Sie nicht erbracht haben – ganz im Gegenteil.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Eines muss man auch sagen: Wir blicken nicht nur auf die gemeinwohlorientierte Weiterbildung; vielmehr ist die Weiterbildung ja ein großes Feld. Im Ministerium von Frau Kampmann erhöhen alleine die Fraktionen den Ansatz noch um mehr als eine halbe Millionen Euro für die politische Weiterbildung, also für aufsuchende und präventive Maßnahmen. Wir wissen sehr wohl, dass mehr Wissen über rechtsstaatliche Belange unsere freiheitliche Grundordnung schützt und erst recht einem jedem unser Demokratieverständnis beibringt.

Vom Lernen im digitalen Wandel über das Nachholen von Schulabschlüssen bis hin zu Sprachkursen für Neuzugewanderte leistet die Weiterbildung einen unverzichtbaren Beitrag für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Sie hat bewiesen, wie leistungsfähig und flexibel sie auf die veränderten Bedingungen und die steigenden Bedarfe in den letzten Monaten reagiert hat. Dafür auch an dieser Stelle ein großes Lob und ein Dankeschön an die Weiterbildung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Ich sehe gerade, meine Redezeit neigt sich dem Ende zu. Deshalb will ich jetzt schließen.

(Beifall von der CDU)

– Danke an die CDU für Ihren Applaus; wir waren etwas höflicher.

Wir bleiben ein starker Partner der Weiterbildung; denn wir sind es schon jetzt. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Zentis. – Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Michael Groschek, und zwar in Vertretung von Herrn Minister Dr. Walter-Borjans. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Vielen Dank. – Herr Präsident! Sie haben recht in der Zuordnung, und die Landesregierung hat recht, wenn sie sagt: Wir wollen die erfolgreiche Schulpolitik in der nächsten Wahlperiode nicht nur fortsetzen, sondern wir wollen sie mit einer Investitionsoffensive begleiten. Dann wird gute Schule in Nordrhein-Westfalen noch besser. Darauf können sich die Menschen bei Rot-Grün verlassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es war gut, dass die Ministerpräsidentin im Sommer dieses Jahres angekündigt hat: Wir werden 2 Milliarden € als Investition in die kommunale Schulinfrastruktur ermöglichen – 2 Milliarden €, die die NRW.BANK jeweils ab dem 1. Januar zur Verfügung stellt, je 500 Millionen € pro Jahr. Alle Städte und Gemeinden können an dieser Maßnahme teilnehmen. Die 20 Jahre Tilgung übernimmt das Land; Tilgung und Zins liegen zu 100 % beim Land.

Die Kommunen, die Schulen, die Schülerinnen und Schüler haben zu 100 % den Nutzen, tragen aber zu 0 % die Kosten. Das ist eine faire Kosten- und Nutzenverteilung. Deshalb ist ja der Unmut auf den Oppositionsbänken so groß. Die Schulen, die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer sagen: Ja, das ist ein wunderbares Programm. – Diese Zustimmung wird nur noch getoppt von der Zustimmung der Handwerksbetriebe und der örtlichen Wirtschaft.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie sind sauer, weil Ihnen ein vermeintlicher Wahlkampfgegner abhandengekommen ist. Schule schlecht reden – das wird im Wahlkampf nicht funktionieren!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt keinen Schattenhaushalt, weil die Zuweisung und die Zinsübernahme als wirtschaftliche Zuweisungen im Haushalt enthalten sind und daher viel Licht und kein Schatten über diesem Programm liegt. Das ist auch deshalb klug, weil heute der Zinssatz bei null liegt und morgen möglicherweise nicht mehr. Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen – nach dieser klugen schwäbischen Hausfrauenweisheit werden wir weiterhin kluge Politik machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit können wir abstimmen über den Einzelplan 05. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13505, den Einzelplan 05 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Grüne stimmen zu, ebenso Herr Stüttgen, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Die beiden fraktionslosen Abgeordneten Schwerd und Schulz sowie die Piratenfraktion, die CDU- und die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der **Einzelplan 05 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13505 in zweiter Lesung** mit der Koalitionsmehrheit **angenommen**.

Wir müssen noch eine weitere Abstimmung durchführen, nämlich über die **Überweisung des Gesetzesentwurfs Drucksache 16/13496**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend –, an den **Haushalts- und Finanzausschuss** sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

Beschlussempfehlung und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/13503 und 16/13517

In Verbindung mit:

Gemeindefinanzierungsgesetz 2017

Die Aussprache ist eröffnet. Ans Pult tritt Herr Kruse für die CDU-Fraktion. – Bitte schön.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke)

Seit 2010 trägt Rot-Grün die Verantwortung in Nordrhein-Westfalen. Die Bilanz der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist verheerend. Das Wirtschaftswachstum ist auf einem Tiefpunkt, die Schuldenberge sind gewachsen, die Bildungspolitik behält schlechte Noten. In nahezu allen Politikfeldern ist Rot-Grün kläglich gescheitert.

(Beifall von der CDU)